

Regierungsrat des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen

St.Gallen, 9. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident  
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Herren Regierungsräte


Der Kanton führt 2019 ein neues Lohnsystem ein. Ziel hätten einheitliche Kriterien und mehr Gerechtigkeit sein sollen. Das Verfahren lässt aber grosse Zweifel aufkommen. Die Zuteilung der Referenzfunktionen und die Mitteilung des neuen Lohns haben viele Mitarbeitende verunsichert und verärgert. Wichtige Fragen bleiben offen: Kann ich mich gegen eine falsche Einstufung oder gegen eine Lohnkürzung wehren? Welche rechtlichen Mittel stehen mir zur Verfügung?

Die Gruppe Verwaltung des VPOD Ostschweiz hat deshalb im August das Personal des Kantons zu zwei Personalversammlungen eingeladen und mit ihm diskutiert, wie es sich gegen die aktuelle Umsetzung von NeLo und die Missstände wehren bzw. wie es sich gebührend bemerkbar machen kann. Das Ergebnis ist der beiliegende offene Brief an die Regierung mit der Aufforderung, die Anliegen des Personals ernst zu nehmen. Innerhalb von kurzer Zeit wurde der offene Brief auf der Webseite [www.nicht-so-nelo.ch](http://www.nicht-so-nelo.ch) von 1057 Mitarbeitenden des Kantons und 188 Unterstützenden unterzeichnet.

Wir bitten die Regierung, genauer hinzuschauen, die Anliegen und Forderungen des Personals (Mitarbeitende und Vorgesetzte) ernst zu nehmen und rasch Korrekturen im Verfahren, vor allem bei den Beschwerdemöglichkeiten, vorzunehmen.

In Erwartung einer baldigen Antwort

Freundliche Grüsse



i.V. Maria Huber, Regionalsekretärin

Gerda Göbel-Keller, Johannes Kugler, Fred Reutlinger, Andrea Schibli, Monika Simmler,  
Thomas Schönenberger

## Neues Lohnsystem «NeLo»

### Offener Brief an die Regierung

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Herren Regierungsräte

Seit Jahren vermindert sich die Attraktivität der Anstellung beim Kanton. Das neue Personalgesetz mit privatrechtlichen Verträgen, die Ausgliederung und Ausfinanzierung der Pensionskasse und zuletzt das neue Lohnsystem stellen uns Mitarbeitende bei gleichen oder auch höheren Anforderungen an unsere Arbeit vor die Frage, warum wir noch für den Kanton arbeiten sollen. Wir alle arbeiten beim Kanton, weil wir an den Service Public glauben und unsern Teil dazu beitragen wollen. Wir wollen das grundsätzlich weiterhin tun, aber wir können uns nicht alles gefallen lassen.

Wir möchten mit diesem Brief unser Unverständnis über die Einführung und die Art und Weise der Umsetzung des neuen Lohnsystems («NeLo») kundtun. Das Konzept «NeLo» soll in allen Departementen sowie in der Staatskanzlei und den selbständigen Anstalten Löhne nach einheitlichen Kriterien bringen – das hiess es zumindest. Leider erreichen die Massnahmen mit der vom Personalamt praktizierten Einstufung des bestehenden Personals in die Referenzfunktionen das Gegenteil. Es erweckt aktuell den Anschein, dass der Regierung das Ausmass unserer Verärgerung, die heterogene Betroffenheit und die zahlreichen Probleme gar nicht bewusst sind. Im Rahmen von zwei Personalversammlungen und in vielen bilateralen Gesprächen wurden deshalb Forderungen der Mitarbeitenden zusammengetragen und zur Diskussion gestellt. Wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wollen deshalb nun mit diesem Brief auf folgende Punkte aufmerksam machen:

- Das Verfahren der Einstufung ist für Vorgesetzte und Mitarbeitende **intransparent**. Sehr viele von uns können nicht nachvollziehen, wie es zur entsprechenden Einstufung gekommen ist, welche Faktoren Berücksichtigung fanden und wer die Entscheidungen getroffen hat.
- Das Verfahren ist **ohne Beschwerdemöglichkeit** juristisch fragwürdig, weil ein zweiseitiges Vertragsverhältnis einseitig abgeändert wurde. Die Regierung agiert nach wie vor einseitig hoheitlich. Das widerspricht der Sozialpartnerschaft und der Zweiseitigkeit eines Arbeitsverhältnisses. Mitarbeitende, die mit ihrer Einstufung nicht einverstanden sind, möchten sich wehren können. Wer zurückgestuft wurde oder sich in seiner Lohnentwicklung massiv eingeschränkt sieht, möchte nicht erst in drei Jahren (oder gar nie) gegen diese Verschlechterung klagen. Unkomplizierte (interne oder externe) Beschwerdemöglichkeiten wären angebracht. Wir wollen Möglichkeiten erhalten, gehört zu werden. Das erwarten wir von unserem Arbeitgeber, unabhängig von der rechtlichen Ausgangslage.
- Die **Einstufungskriterien** werden nicht offengelegt. Als Mitarbeitende und Vorgesetzte können wir deshalb die Einstufung nicht nachvollziehen oder mit derjenigen der Mitarbeitenden in anderen Departementen vergleichen. Das führt zu **Unsicherheit** über die Einstufung, selbst wenn die Einstufung in die Referenzfunktion und der Lohn als solche akzeptiert werden.
- Wir empfinden es als **mangelnde Wertschätzung**, dass unsere Erfahrung und bisherige Leistung nichts mehr wert sein soll und nicht mehr berücksichtigt werden im neuen

Lohnsystem. Ebenso haben die Verfahren zur Festlegung der Referenzfunktion und der Gestaltung der Stellenbeschriebe mit gleichzeitiger Abwesenheit von Mitsprachemöglichkeiten dazu geführt, dass wir uns in unserer (teilweise langjährigen) Arbeit für diesen Kanton nicht wertgeschätzt fühlen.

- Wir stellen fest, dass das **Personalamt weit weg von der Praxis** der Departemente ist und sie auch nicht kennt. Offensichtliche Fehleinstufungen (z.B. qualifizierte Zusatzaufgaben oder strukturelle Unterschiede und Querschnittsfunktionen, welche keine Berücksichtigung fanden) werden trotz Kritik von Vorgesetzten nicht korrigiert.
- Ältere und jüngere, langjährige und relativ neue Mitarbeitende haben plötzlich **keine Entwicklungsmöglichkeiten** mehr, weil sie so eingestuft wurden, dass (im Gegensatz zum alten vertraglich zugesicherten Lohnsystem) keine Lohnentwicklung mehr möglich ist, d.h. weil sie im Lohnband anstehen. Hier sind zahlreiche Kündigungen vorprogrammiert.
- Bereits heute haben verschiedene Bereiche massive Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachleuten. Teilweise können Stellen gar nicht besetzt werden. Mit NeLo wird sich dies noch verschärfen. Der Kanton gefährdet so mittelfristig den Service Public und damit die Attraktivität des Kantons für Bevölkerung und Wirtschaft.
- Ein Leistungslohn ist wegen fehlender finanzieller Mittel gar nicht umsetzbar. Dies führt dazu, dass sich **Leistung nicht mehr wirklich lohnt**. Das ist genau das Gegenteil von dem, was «NeLo» erreichen sollte.
- Die aktuelle Umsetzung von «NeLo» führt dazu, dass der Kanton von uns **nicht** mehr als **verlässlicher Arbeitgeber** wahrgenommen wird, weil es weder eine Beschwerdestelle, noch eine Mitsprachemöglichkeit gibt, um die vorhandenen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten partnerschaftlich zu lösen.

Die aktuelle Umsetzung des neuen Lohnsystems können wir aufgrund dieser und weiterer Kritikpunkte so nicht einfach hinnehmen. **Wir fordern von der Regierung, als unsere Arbeitgeberin, dass sie:**

- die Einstufungskriterien offenlegt und transparenter über die Prozesse informiert;
- die faktische Möglichkeit bzw. eine gesetzliche Grundlage dafür schafft, sich personalrechtlich angemessen gegen die Einstufung zu wehren bzw. sie überprüfen zu lassen;
- die Erfahrungsjahre im Kanton bei der individuellen Lohnerhöhung mitberücksichtigt;
- personalpolitisch relevante Entscheidungsgremien in Zukunft von Beginn weg paritätisch zusammensetzt;
- an den Verhandlungstisch mit den Sozialpartnern zurückkehrt, um die anstehenden Probleme zum Wohl des Service Public aktiv anzugehen.

Wir danken der Regierung für die Prüfung unserer Anliegen. Wir arbeiten gerne für diesen Kanton, aber wir haben das Recht gehört und ernst genommen zu werden. Die aktuelle Umsetzung von «NeLo» ist ein Affront und wir erwarten eine baldige Reaktion der Regierung auf unseren Unmut.

Freundliche Grüsse  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter